

Inwil, 14. Januar 2014

Direktion für Bildung und Kultur
Herr Regierungsrat Stephan Schleiss
Baarerstrasse 19
Postfach 4857
6304 Zug

Vorab per E-Mail an: doris.ohlwein@zg.ch

Vernehmlassung zur Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2013 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen ein. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr und äussern uns zu einigen uns wichtig erscheinenden Punkten.

Die FDP.Die Liberalen Zug steht der vorgesehenen sprachlichen Frühförderung vor dem Eintritt in den Kindergarten skeptisch gegenüber. Die Motion der Kommission zum Integrationsgesetz hat mit der Ablehnung des Gesetzes durch das Zuger Volk einen anderen Stellenwert bekommen. Eine Frühförderung wie sie der Regierungsrat nun vorsieht, sehen wir als nicht durchführbar an, sei es in Bezug auf den Massstab der Sprachkenntnisse, den Zeitpunkt der Erfassung der Kleinkinder, die Zuständigkeiten in den Gemeinden und nicht zuletzt bei den anfallenden Kosten.

Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass in unserem kleinen Kanton ein einheitliches Schulsystem gelebt wird. Darum lehnen wir die Einführung von freiwilligen Grund- oder Basisstufen in einzelnen Gemeinden ab. Es soll vom Kanton her keine Berechtigung mehr geben, ein anderes Schulsystem zu führen. Der Pilotversuch in Oberägeri hat gezeigt, dass aus diesem Schulsystem keine Vorteile für die Kinder erkennbar sind. Und ohne erkennbaren Nutzen sind die daraus resultierenden Raumbedürfnisse und baulichen Massnahmen mit entsprechend hohen Kosten schlicht nicht vertretbar.

Die Berechtigung der Gemeinden, eigene, schulartenübergreifende Kunst- und Sportklassen zu führen, erachten wir als problematisch. Wir schätzen die Anzahl ausgewiesener Talente in unserem Kanton als

zu tief ein. Zudem sind wir der Meinung, dass primär ein Schwerpunkt auf Sprache sowie Mathematik gelegt werden soll. Zudem sind wir mit der Entschädigungsregelung für ausserkantonale Schüler nicht vorbehaltlos einverstanden.

Die Überlegungen der DBK, die Schulevaluation an Dritte zu übertragen, sind für uns schwer nachvollziehbar. Wir bezweifeln den Nutzen und kritisieren die Kosten der externen Evaluation. Wir bezweifeln, dass dadurch die Qualität der Schule gewinnbringend geprüft, beurteilt und verbessert werden kann. Grundsätzlich soll die Bildungsbürokratie reduziert werden. Durch eine Übertragung an Dritte reduziert sich jedoch nur vordergründig der Aufwand für die Lehrpersonen. Die Kosten und der Nutzen stehen in keinem Verhältnis.

Grundsätzlich sind wir mit der aktuellen Zusammensetzung des Bildungsrates einverstanden und begrüssen den Ansatz, dass die Anzahl von operativ tätigen Lehrpersonen im Bildungsrat auf zwei begrenzt werden soll.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten Sie, unsere Überlegungen in die Weiterbearbeitung einzubeziehen. Selbstverständlich behalten wir uns vor, die Details im Rahmen der zu erfolgenden kantonsrätlichen Kommissionsarbeiten noch vertiefter zu diskutieren und allenfalls auch weitere Anpassungen vorzuschlagen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen Zug



Jürg Strub
Präsident



i.V. Birgitt Siegrist
Barbara Strub
Kantonsrätin